



Antragsbuch

Parteitag der SPD Düsseldorf

- beschlossen -

7. Februar 2009, Heinrich Heine Gesamtschule

INHALT

ANTRAG 1/ LEITANTRAG

„EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT“3

ANTRAG 2

„SOLIDARITÄTSZUSCHLAG“ 9

ANTRAG 3

"HOCHSCHULE UND STUDIENGEBÜHREN" 10

ANTRAG 4

"JUGENDFREIZEITINRICHTUNGEN UND JUGENDSOZIALARBEIT" 11

ANTRAG 5

"KLIMA UND ENERGIE" 12

ANTRAG 6

"ÖPNV" 14

ANTRAG 7

"KULTUR" 15

ANTRAG 8

"INTEGRATION" 16

ANTRAG 9

"NACHHILFE" 18

ANTRAG 10

"BEWOHNERFREUNDLICHES VERKEHRSKONZEPT FÜR DIE INNENSTADT" 19

ANTRAG 11

"BILDUNG UND SCHULE" 21

ANTRAG 12

"ERNÄHRUNG" 22

ANTRAG 13

"WOHNEN GEGEN HILFE" 23

ANTRAG 14

"FINANZEN" 24

ANTRAG 15

„LISTENPLÄTZE BUNDESTAGSWAHL“ 25

ANTRAG16

"INSOLVENZVERORDNUNG"26

LEITANTRAG/ANTRAG 1

„EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT“

Die Krise des Finanzkapitalismus erfordert ein neues „sozialdemokratisches Jahrhundert“

Antragsteller: UB-Vorstand

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1. Nachhaltigkeit oder Verteilungskampf

Die Finanzkrise, die mit der Immobilienspekulation begann und sich zu einer globalen Wirtschaftskrise ausweitete, ist ein tiefer Einschnitt. Der Finanzkapitalismus ist am Ende, die moderne Gesellschaft erlebt nach dem Manchesterkapitalismus, dem Wohlfahrtsstaat nun mit dem Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte den dritten Epochenbruch seit der industriellen Revolution.

Nach der hemmungslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeit im Manchesterkapitalismus konnten die sozialen Konflikte zumindest in einem Teil der Welt durch die Ideen der Sozialdemokratie entschärft werden. Die Grundlagen dafür wurden gelegt

- mit dem New Deal zum sozial-liberalen Wohlfahrtsstaat, der mit Hilfe des Nationalstaates die Wirtschaft „sozial disziplinierte“, und
- mit dem Vertrag von Bretton Woods, der mit Hilfe fester Wechselkurse für eine stabile Weltwirtschaft sorgte, um die „wucherischen Geldverleiher aus den Tempeln der Finanzen zu vertreiben“.

Die zweite Epoche war das sozialdemokratische Jahrhundert, das bis Mitte der siebziger Jahre reichte.

Doch in den letzten dreißig Jahren eroberten die Banken die falschen Privilegien des Kapitals zurück: ungezügelter Finanzgier, grenzenloser Expansionsdrang und soziale Bindungslosigkeit.

Der Auslöser war der Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung in Folge der wachsenden Auslandsschulden der USA und des Vietnamkrieges, den Amerika mit der Ausweitung der Geldmenge finanzierte. Da der Dollar zugleich nationale und internationale Währung war, inflationierte das Anwerfen der Notenpresse die Weltwirtschaft. Das System der Festkurse und Golddeckung war nicht zu halten.

1973 kam das Ende von Bretton Woods, das ausgerechnet den Krisenverursacher, die Geldpolitik, an die Spitze der globalen Wirtschaft katapultierte. In der Folge übernahmen alle Industrieländer mehr oder weniger bereitwillig die in England und USA eingeführten Finanzdienstleistungen und verzichteten auf Genehmigungen und Kontrollen. Dadurch erhöhte sich allein zwischen 1980 und 2007 der Tagesumsatz auf den internationalen Kapital-

märkten von 62 auf 3475 Milliarden US-Dollar. In Investitionen – und damit in den produktiven Sektor - flossen weniger als drei Milliarden.

Die Gelddealer verstanden sich als eine Art Ersatz für die fehlende Weltregierung, eine Ordnung setzende Macht über alle Grenzen und Kontinente hinweg. Damit verbunden war der Aufstieg des Neoliberalismus. Die politischen Täter dieser Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung hießen Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Ihr reaktionäres Weltbild hieß: Der Markt regelt alles. Von daher Sozialausgaben kürzen, den öffentlichen Sektor privatisieren, die Gewerkschaften schwächen und rücksichtslos die Linie der Wall Street durchsetzen.

In unserem Land übernahmen vor allem die FDP, mit den Leipziger Beschlüssen auch die CDU diese Ideologie, weit entfernt von den Ideen der sozialen Marktwirtschaft. Deren Väter standen den Ideen der Sozialdemokraten viel näher. Alfred Müller-Armack, Walter Eucken oder Alexander Rüstow waren davon überzeugt gewesen, dass „ein starker Staat und eine liberale Wirtschaftspolitik einander bedingen“.

Dennoch kann es kein Zurück zu den alten Antworten geben, denn erstmals in der modernen Wirtschaftsgeschichte kommen vier Herausforderungen zusammen, die mit traditionellen Konzepten des Wachstums nicht zu bewältigen sind: Neben dem Finanzcrash sind das der Klimawandel, die Rohstoffverknappung und die nachahmende Industrialisierung großer und bevölkerungsreicher Erdregionen. Dadurch spitzen sich die sozialen und ökologischen Probleme rasant zu.

Deshalb muss – wo immer es geht – die Bewältigung der Finanzkrise mit Innovationen, Umbau und Modernisierung verbunden werden. Unser Jahrhundert wird von ökologischen Herausforderungen geprägt werden.

Wir brauchen eine soziale und ökologische Marktwirtschaft. Denn nicht nur für die soziale Sicherheit, auch für die natürlichen Lebensgrundlagen sind die Folgen der bisherigen Globalisierung verheerend:

- der Kapitalmarkt, der mit der Globalisierung das Kommando über die Wirtschaft übernommen hat, sieht den Schutz der Natur in erster Linie als Kostenfaktor an;
- die globale Wirtschaft steht unter dem Druck kurzfristiger Gewinne, was unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Natur ist. Dadurch zerstört sie die Substanz der Wirtschaft;
- die globalen Märkte verschärfen Sozial- und Umweltdumping, statt ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Natur herzustellen.

2. Unsere Leitidee ist die nachhaltige Entwicklung

Eine Verlängerung der Gegenwart kann keine gute Zukunft bringen. Deshalb muss es schnell zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen, um die Gesellschaften in ein dauerhaftes Gleichgewicht zu bringen und die Globalisierung zu gestalten,

- Andernfalls droht eine Zukunft entfesselter Gewalt und erbitterter Verteilungskonflikte, weil die Politik abgedankt hat und die Demokratie geschwächt ist.

Das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD stellt dazu fest:

*„Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, von Globalisierung und ökologischer Krise betrachten wir **Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns**. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik, von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.“*

Es ist höchste Zeit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Die 1992 in Rio in der Agenda 21 festgelegte Leitidee der Nachhaltigkeit ist die große Zukunftshoffnung für die globale Epoche. Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt werden möglich, wenn die wirtschaftlich-technische Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und mehr Demokratie verbunden wird.

Nachhaltigkeit ist der Kern eines neuen Denkens, das die Qualität des Wachstums über die Quantität stellt und von der Solidarität aller mit allen ausgeht. Das ist die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie.

3. Unsere Antwort auf die Krise

Unser Ziel ist es, Krisenmanagement mit Umbau und Modernisierung zu verbinden. Die SPD tritt ein für ein Gesamtpaket, das Innovationen fördert, Unternehmen und Beschäftigung sichert, die Infrastruktur verbessert und den Menschen eine dauerhafte Absicherung gibt:

1. Die SPD wird sich national, europäisch und international für eine strikte Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. Dazu gehört nicht nur die Verbesserung der Transparenz und eine Reform des Bilanzrechts, sondern auch das Verbot von Leerverkäufen, Wetten auf Kursänderungen sowie Regelung und Einschränkungen gegen den Missbrauch von Derivaten, und im Interesse des Verbraucherschutzes einen transparenten TÜV für Finanzinstrumente.
2. Ebenso setzen wir uns ein für eine Tobin-Steuer, um spekulatives Kapital abzuschöpfen, und eine Kontrolle und ein Verbot von Finanztransfers in Offshore-Finanzzentren.
3. Durch klare Regeln und wirksame nationale und internationale Aufsicht müssen Stabilitätsrisiken und wirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen verhindert werden. Dafür werden wir das nationale Steuer- und Aktienrecht ändern (Hamburger Programm).
4. Wir brauchen einen neuen Anfang für die Demokratisierung. Wir setzen uns ein für die Reform der Betriebsverfassung, eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte sowie eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital.

5. Die SPD fordert eine Einschränkung von fragwürdigen Bonuszahlungen und kurzfristige Erfolgsprämien für Manager.
6. Die SPD wird umweltschädliche Subventionen und Steuerprivilegien abbauen. Die Einsparungen der öffentlichen Haushalte werden als "Klimabonus" für private Energie-Effizienz-Investitionen und als "Sozial-Bonus" zur Aufstockung von Transferleistungen (kleine Renten, Hartz IV, Sozialhilfe, BaföG) verteilt.
7. Zugleich wird die ökologische Finanzreform erweitert um Abgaben für den nichtenergetischen Verbrauch von Rohstoffen (Abfall, Wasser). Das Aufkommen soll weitgehend aufkommensneutral zurückgegeben werden, allerdings werden 25 Prozent für ökologische Investitionen genutzt werden.
8. Die SPD will eine Zukunftsanleihe schaffen, die über einen mehrjährigen Zeitraum eine feste Verzinsung garantiert. Das Aufkommen wird zweckgerichtet in die ökologische Modernisierung fließen.
9. Wir unterstützen den Pakt für Deutschland, der auch ein umfassendes Programm für Arbeit und Umwelt vorsieht.
10. Die SPD hält auch in der Finanzpolitik an der Nachhaltigkeit fest. Konjunkturbedingte Ausgabenprogramme müssen sich daran orientieren, ob damit Klimaschutz, Ressourceneffizienz oder die soziale Infrastruktur (z.B. Bildung, Gesundheit) gefördert werden.
11. Die SPD lehnt Subventionen für veraltete und ineffiziente Technologien im Energiebereich und im Verkehrswesen ab. Wir wollen die Energiewende und eine nachhaltige Mobilität.
12. Die SPD setzt sich für die Rekommunalisierung öffentlicher Einrichtungen wie Energie- und Abwasserversorgung und für die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.
13. Die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn wird nicht weiter verfolgt.
14. Die SPD hält am Ausstieg aus der Atomenergie fest.
15. Wir wollen noch in diesem Jahrhundert gänzlich auf fossile Energieträger verzichten. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf Energiedienstleistungen. Neue hocheffiziente Kraftwerke sind nur mit Kraft-Wärme-Kopplung zu vertreten (Hamburger Programm).
16. Die dezentrale Energieversorgung erhält absoluten Vorrang. Um die Grundlast sicherzustellen, werden neue Möglichkeiten der Energiespeicherung entwickelt und gefördert. Die Grundlast kann für eine begrenzte Zeit über transeuropäische Netze durch Solarenergie, Windkraft, Biomasse und Meeresenergie gesichert werden.
17. Die SPD wird die Initiative ergreifen, einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu schaffen. Dieser Rat soll im Sinne der Nachhaltigkeit wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen sowie unkontrollierte Kapitalbewegungen und soziales und ökonomisches Dumping begrenzen helfen (Hamburger Programm).
18. Die SPD wird die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung auf 0,7 Prozent des BIP bis zum Jahr 2015 erhöhen.

4. Arbeit und Umwelt für ein nachhaltiges Düsseldorf

Düsseldorf muss sich als starke Metropole im Rheinland beweisen und einen kräftigen Impuls zur Stabilisierung von regionaler Beschäftigung und regionaler Wirtschaft leisten. Wir kritisieren, dass von der konservativen Mehrheit im Stadtrat keine neuen, der Lage angemessenen Initiativen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgehen.

Wir treten für eine

regionale Wirtschafts- und Beschäftigungskonferenz

ein, in der Stadt und Landkreis, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Sozialorganisationen eng und konsensorientiert zusammenarbeiten.

Die SPD-Düsseldorf setzt sich ein für:

1. einen Beschäftigungspakt, der der örtlichen Wirtschaft unbürokratisch hilft, bei Bürgschaften Sicherheiten gibt, gezielt Arbeitsplätze sichert sowie Qualifizierungs- und Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen fördert;
2. eine zentrale Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen und Gewerkschaften, um Anregungen aufzugreifen und Hilfsleistungen zu koordinieren, in der auch die Kammern und die Gewerkschaften beteiligt werden;
3. eine bessere Zusammenarbeit in der Region, damit sich die Städte und Gemeinden wechselseitig helfen und die Kräfte bündeln;
4. eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Banken, vor allem mit der Sparkasse, insbesondere um für den Mittelstand Kredite zu sichern, Überbrückungshilfen zu geben und Bürgschaften anzubieten;
5. mehr finanzierbare und energetisch effiziente Wohnungen. Zugleich soll ein umfassendes Contracting Programm aufgelegt werden, um die energetische Modernisierung voranzutreiben, sowie es derzeit auf Bundesebene zwischen Bundesregierung, Mietervereinen und Wohnungsgesellschaften vorbereitet ist.
6. eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen, die die wirtschaftsnahe Infrastruktur verbessern, um den Standort Düsseldorf zu stärken. Dazu gehört zum Beispiel der Düsseldorfer Hafenbetrieb;
7. einen kommunalen Fonds für Arbeit und Umwelt auflegen, auch um die öffentliche Daseinsvorsorge bei Energie, Wasser und Mobilität zu verbessern;
8. Eine Fachstelle für nachhaltige Entwicklung in Düsseldorf einzurichten.
9. eine Rekommunalisierung der Stadtwerke. Düsseldorf soll zur Modellstadt für nachhaltige Energieversorgung werden. Dazu zählt auch ein ehrgeiziger Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung;

10. eine Vorreiterrolle der Stadt Düsseldorf bei der ökologischen Modernisierung der Einrichtungen und Gebäude (Schulen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Verwaltungsgebäude, etc.) und im Beschaffungswesen;
11. einen Wissenschaftsrat Düsseldorf, der die Kooperation mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in der Stadt und Region verbessert und die Umsetzung von Innovationen beschleunigt;
12. eine zielgruppenspezifische Verbesserung von sozialen Dienstleistungen, zum Beispiel Hilfen für ältere Menschen;
13. einen Pakt mit dem Einzelhandel für die Einrichtung eines leistungsfähigen Hol- und Bringdienstes, speziell für ältere und behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger.